

**72. Plenarsitzung des Landtags/ Aktuelle Stunde zu**  
**„Gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit fördern –**  
**„Hartz-IV‘ auf dem Prüfstand“**  
**31. Januar 2019**

***Es gilt das gesprochene Wort***

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Unsere Brandenburger Wirtschaft ist auf Erfolgskurs.

Bundesweit liegen wir beim Wirtschaftswachstum an dritter Stelle.

Und wer wächst, der stellt ein. 2018 hatten wir rund 9.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl von Nuthetal.

Und was besonders erfreulich ist: mehr als jeder Zweite war zuvor langzeitarbeitslos. Diese Menschen sind nun wieder in Lohn und Brot und das ist eine ausgesprochen positive Nachricht.

Dass es diesen Erfolg überhaupt gibt, das ist in erster Linie den Unternehmen und ihren Beschäftigten zu verdanken, die hart gearbeitet haben.

Aber auch wir als Landesregierung haben mitgeholfen, indem wir die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen haben.

[Anrede]

Das Wachstum wirkt. Und trotzdem gibt es nach wie vor Menschen, die von dieser Entwicklung nahezu abgekoppelt sind. Menschen, die zwar grundsätzlich erwerbsfähig sind, für die der Arbeitsmarkt aber sehr weit entfernt ist. Und das schon seit einigen Jahren.

Ich finde es prinzipiell gut, dass wir in der Bundesrepublik nun eine Debatte zum Thema Grundsicherung haben. Es gehört zum Wesen der Demokratie, dass auch mal gestritten wird; dass quer gedacht wird und dass langjährige Regeln auf den Prüfstand gestellt werden.

Meine persönliche Ansicht ist aber: bevor man ein ganzes System abschafft, sollte man erst einmal versuchen, tatsächliche Schwachpunkte zu erkennen und es dann besser zu machen. Das Prinzip von „Fordern und Fördern“ ist richtig. Und es ist kein Widerspruch, wenn wir sagen, dass Nachjustierungen sinnvoll und notwendig sind.

Es gab Zeiten, in denen arbeitslose Menschen „verwaltet“ wurden. Damals hat man viele Potenziale brachliegen lassen. Zu diesem Zustand dürfen wir nie mehr zurückkehren.

Menschen in Arbeit zu bringen muss immer das politische Ziel sein. Denn Arbeit füllt nicht nur das Portemonnaie. Arbeit ist auch wichtig für Körper und Geist, denn sie bedeutet Anerkennung, Zufriedenheit und Teilhabe.

Vorausgesetzt natürlich, die Arbeitsbedingungen stimmen.

Mit dem neuen Teilhabechancengesetz hat der Bund eine wichtige Weiche gestellt. Denn hier geht es ausdrücklich darum, Menschen zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Durch Lohnkostenzuschüsse einerseits und Coachings andererseits sollen stabile Arbeitsverhältnisse angeschoben werden. Auch für Arbeitgeber ist dieses Programm durchaus attraktiv.

Ich kann die Brandenburger Unternehmen nur ermutigen, einen Blick drauf werfen. Denn der Bedarf nach Arbeitskräften in unserer Wirtschaft ist unbestritten. Sie fehlen an allen Ecken und Enden.

Natürlich: wer lange arbeitslos war, der wird nicht von heute auf morgen zur Fachkraft. Aber das muss auch nicht immer sein. Motivation, Loyalität, die Bereitschaft sich weiterzuentwickeln – das alles ist oft wichtiger als ein Abschluss „X“ oder ein Zertifikat „Y“.

Klar: die Grundvoraussetzungen müssen stimmen. Wer keinen Hauptschulabschluss hat, der kann schlecht in einem Ingenieurbüro arbeiten. Dafür aber vielleicht in einer Großküche, in einem Pflegeheim oder in der Lagerhaltung. Überall dort, wo zupackende Menschen gesucht werden.

Dass viele dieser Jobs schlecht bezahlt sind, ist ein ganz anderes Problem.

Wenn jemand Vollzeit arbeitet, womöglich noch in einem körperlich anstrengenden Job, dann muss mehr dabei rausspringen als der Betrag der Grundsicherung. Arbeit muss sich lohnen und das fängt beim Lohn an.

Und auch aus unternehmerischer Sicht ist es klug, anständig zu bezahlen – gerade in Zeiten wie diesen, in denen gute Arbeitskräfte zum seltenen Rohstoff geworden sind. Wer sie finden und halten will, der muss etwas bieten. Dazu gehören anständige Löhne, dazu gehören aber auch Punkte wie die betriebliche Mitbestimmung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Möglichkeiten zur Weiterbildung und grundsätzlich ein respektvoller Umgang.

Als Landesregierung wollen wir deshalb weiterhin daran arbeiten, dass aus Arbeitslosigkeit gute Arbeit wird – im Sinne der Brandenburgerinnen und Brandenburger und im Sinne unserer Unternehmen.

Vielen Dank.